

Urologen aus Nordrhein äußern sich zur Wartezeitendebatte:

Wartezeitgesetz verschlechtert Versorgung der Patienten

Köln, August 2014. Ab 2015 will Bundesgesundheitsminister Herrmann Gröhe die Termingarantie für gesetzlich Krankenversicherte Patienten umsetzen. Dann soll sichergestellt werden, dass Kassenpatienten nicht länger als vier Wochen auf einen Facharzttermin warten. Für Dr. Michael Stephan-Odenthal, Facharzt für Urologie und Geschäftsführer der Uro-GmbH Nordrhein, ist sicher, dass das neue Wartezeitgesetz zu einer deutlich verschlechterten Versorgung der Patienten führen wird. Für ihn wird das Gesetz aus blankem politischem Opportunismus gemacht, um Handlungsfähigkeit der SPD zu zeigen, die mit ihrer sozialistischen Bürgerversicherung nicht hatte punkten können.

„Mit dem Gesetz gemeint sind nicht etwa die Notfälle, wie Patienten mit akuten Beschwerden oder Krebsverdacht, denn diese Patienten bekommen schon immer auf Zuruf vom überweisenden Arzt oder entsprechend kenntlicher Überweisung kurzfristige Termine. Es geht um alle anderen Patienten“, betont Stephan-Odenthal. „Was die fachärztliche Versorgung für die Patienten verbessern soll, bewirkt aber genau das Gegenteil. Die Qualität in der Versorgung kann mit diesem Modell nur sinken.“ Nach den KBV-Abrechnungszahlen sind die Fallzahlen in den meisten Facharztpraxen in den letzten Jahren angestiegen. „Die Unterstellung, dass Fachärzte weniger Kassenpatienten behandeln, zugunsten einer Ausdehnung der Privatpatientenpraxis, ist falsch“. Stephan-Odenthal selbst behandelt etwa 1.000 Kassenpatienten im Quartal, seine Arbeitszeit beträgt wie in anderen Facharztpraxen nahezu 50 Stunden in der Woche. „Bei einer

Pressekontakt

komm | public! - Romy Robst - Ahornallee 7a - 31303 Ramlingen/Burgdorf
robst@komm-public.de - fon: 05085-98 171-02 – fax: 05085-98 171-01

Direktkontakt

Uro GmbH Nordrhein - Sabine Kapla - Kaiser-Wilhelm-Ring 50 - 50672 Köln
kapla@frielingsdorf.de - fon: 0221-13 98 36-55 - fax: 0221-13 98 36-65

gesetzlich vorgeschriebenen Verkürzung der Wartezeit ist mit einem weiteren Anstieg der Behandlungsfälle zu rechnen. Ich schätze, dass die Fachärzte mit etwa 10 bis 20 Prozent mehr Patienten rechnen müssen.“ Mehr Zeit stünde dann aufgrund der ohnehin schon straffen Arbeitswoche nicht zur Verfügung. Das Wartezeitengesetz führe damit automatisch dazu, dass mehr Patienten in gleicher Zeit behandelt werden müssen. Für zusätzliches ärztliches Personal gibt es keinen wirtschaftlichen Spielraum, da die Krankenkassen im Rahmen der Gesetzgebung dafür keine Gelder zur Verfügung stellen. „Es wird zwangsläufig darauf hinauslaufen, dass mehr Patienten in der gleichen Zeit behandelt werden müssen. Aus der schon heute oftmals unzureichenden 5-Minuten-Medizin wird dann eine 3-Minuten-Medizin.“ Dies würde zur Schwächung der Qualität in der fachärztlichen Behandlung durch zunehmende Massenabfertigung führen. Zeitaufwendige Versorgung wie z.B. Hausbesuche können unter solchen Bedingungen nicht mehr erbracht werden. Für Stephan-Odenthal sei es blanker Hohn, das selbiger Gesundheitsminister für eine Stärkung der sprechenden Medizin plädiere. Er geht sogar noch einen Schritt weiter und behauptet, dass Politik und Entscheidungsträger die Folgen der demographischen Entwicklung und den steigenden Anspruch an die Medizin einfach nur bei den Leistungserbringern zum Nachteil dieser und zum Nachteil der Patienten abladen.

Weitere Informationen unter www.uro-gmbh.de